

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 31.03.2022

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	17:48 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Rötsch
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 24.02.2022	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
5.1.	Förderung von Vereinen und Verbänden der freien Wohlfahrtspflege im Jahr 2022 BE: amt. Leiter des Amtes für Soziales	0348/22

- 5.2. Förderung des Sozialkaufhaus "Bummi-Kaufhaus" der AWO AJS gGmbH im Jahr 2022
BE: amt. Leiter des Amtes für Soziales **0351/22**
6. Behandlung von Anfragen
- 6.1. Beratungsgespräche Suchtberatungsstellen **0188/22**
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Rötsch
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
- 6.2. Beratungsbedarf Sozialpsychiatrischer Dienst der Stadt Erfurt **0189/22**
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Rötsch
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit
7. Informationen
- 7.1. Mündliche Informationen
- 7.1.1. Unterstützung Erfurter Tafel e.V. **0510/22**
Fragesteller: Fraktion CDU, Frau Vogel
- 7.2. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und begrüßte alle Ausschussmitglieder sowie Gäste. Zu Beginn der Sitzung waren neun stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Frau Röttsch stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Es erfolgte zudem der Hinweis bzgl. der einzuhaltenden Hygienemaßnahmen, nach welchen die Mund- und Nasenbedeckung grundsätzlich weiterhin getragen werden muss. Nach spätestens 60 Minuten muss außerdem eine Unterbrechung der Sitzung erfolgen, um eine Lüftungspause vorzunehmen. Abschließend bat die stellvertretende Ausschussvorsitzende, im Sinne der Infektionsschutzmaßnahmen, die Dauer der Sitzung auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, wurde auf eine von Frau Vogel, Fraktion CDU, eingereichte mündliche Anfrage (Drucksache 0510/22 – Unterstützung Erfurter Tafel e.V.) verwiesen, welche unter dem Tagesordnungspunkt 7.1 – mündliche Information – aufgenommen werden sollte. Hierzu waren unter anderem der Geschäftsführer sowie dessen Stellvertreterin als Gäste anwesend. Einstimmig bestätigte der Ausschuss die Aufnahme der Drucksache unter dem Tagesordnungspunkt 7.1 und erteilte zugleich den anwesenden Gästen das Rederecht:

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 24.02.2022

Es lagen weder mündliche noch schriftliche Einwände gegen die Niederschrift vor.

genehmigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Die Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

5. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 5.1. Förderung von Vereinen und Verbänden der freien Wohlfahrtspflege im Jahr 2022 0348/22
BE: amt. Leiter des Amtes für Soziales

Nach Aufruf der Drucksache durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, erkundigte sich Herr Kemnitz, sachkundiger Bürger, inwieweit eine Anpassung der Förderrichtlinie möglich wäre, um z. B. Speisen und Getränke der Förderfähigkeit zuzuführen, da gerade diese Position für Vereine und Verbände zu den immer wiederkehrenden Aufwendungen zählt.

Drucksache 0543/22	Festlegungen Es wird um Prüfung gebeten, inwieweit eine Anpassung der Förderrichtlinie (vgl. Drucksache 0348/22) möglich ist, damit nichtförderfähige Positionen, wie z. B. Speisen und Getränke, ebenfalls Förderfähigkeit erlangen. V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit T: 19.05.2022
-------------------------------------	--

Weiterer Beratungsbedarf bestand nicht.

beschlossen Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

Die Förderung von Projekten der Vereine und Verbände im Jahr 2022 laut Anlage 1¹ wird beschlossen.

Der Beschluss wird vorbehaltlich der Genehmigung des beschlossenen städtischen Haushaltes für das Jahr 2022 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt und nachfolgender Veröffentlichung gefasst.

- 5.2. Förderung des Sozialkaufhaus "Bummi-Kaufhaus" der AWO AJS gGmbH im Jahr 2022 0351/22
BE: amt. Leiter des Amtes für Soziales

Es lagen keine weiteren Fragen vor.

¹ Anlage 1 ist der Niederschrift der Sitzung des SAG vom 31.03.2022 beigefügt

beschlossen Ja 9 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung beschließt die Förderung des Sozialkaufhauses "Bummi-Kaufhaus" in Trägerschaft der AWO AJS gGmbH im Jahr 2022 i. H. v. 10.000,00 EUR.

Der Beschluss wird vorbehaltlich der Genehmigung des beschlossenen städtischen Haushaltes für das Jahr 2022 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt sowie nachfolgender Veröffentlichung gefasst.

6. Behandlung von Anfragen

6.1. Beratungsgespräche Suchtberatungsstellen 0188/22 **Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch** **hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-** **ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit**

Auf Nachfragen von Frau Vogel, Fraktion CDU, inwiefern die Online-Angebote durch Betroffene in der Vergangenheit wahrgenommen wurden, erklärte die amt. Leiterin des Gesundheitsamtes, dass durch das Gesundheitsamt lediglich Auskünfte über die von der Stadtverwaltung Erfurt angebotenen Suchtberatungseinrichtungen erteilt werden können. Jedoch stehe man im ständigen Kontakt mit außerstädtischen Beratungsstellen, gerade um auch die Zielstellungen aufeinander abzustimmen. Hierzu hinterfragte Frau Herold, Fraktion AfD, wie lang Betroffene mittlerweile auf ein direktes Erstberatungsgespräch warten müssen. Durch die anhaltende pandemische Lage von nunmehr mehr als zwei Jahren, hat sich Situation rund um den Suchtberatungsbedarf immens verschärft. Derzeit müssen Betroffene von mindestens 6 Monaten Wartezeit ausgehen, so die amt. Leiterin des Gesundheitsamtes. Abschließend informierte Frau Rudolph, sachkundige Bürgerin, dass für Akutfälle, welche dringend und schnellstmöglich Hilfe benötigen, der direkte Weg über die Fachkliniken ratsam ist.

Weiterer Beratungsbedarf lag nicht vor.

zur Kenntnis genommen

6.2. Beratungsbedarf Sozialpsychiatrischer Dienst der Stadt 0189/22 **Erfurt** **Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch** **hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-** **ziales, Bildung, Jugend und Gesundheit**

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, zeigte sich aufgrund der Beantwortung zur Drucksache besorgt, dass die Arbeit der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS) scheinbar, vor dem Hintergrund der Pandemie, zwischenzeitlich eingestellt wurde. Weiterhin wurde hinterfragt, ob Überlegungen bestehen ggf. Selbsthilfegruppen für traumatisierte Geflüchtete zu gründen. Hierzu informierte die amt. Leiterin des Gesundheitsamtes, dass die aktiven Treffen in den Räumlichkeiten des Gesundheitsamtes wieder stattfinden, dies jedoch unter Einhaltung des Hygienekonzeptes der Einrichtung. Teilweise sind die Beratungen derzeit nur telefonisch möglich. Zudem kann mitgeteilt werden, dass die Personalstelle für die Koordination der KISS zum 01.05.2022 besetzt werden konnte und somit ab diesem Datum die volle Einsatzfähigkeit wieder hergestellt sein wird. Die Gründung von speziellen Selbsthilfegruppen für Geflüchtete ist nicht geplant. Bei bereits registrierten Flüchtlingen liegen derzeit niederschwellige Traumata vor, da die Flucht bereits kurz nach dem Beginn des Krieges erfolgte und die Geflüchteten somit weitestgehend keine traumatisierenden Ereignisse miterleben mussten. Durchaus ist man sich jedoch im Klaren, dass der Bedarf ansteigen wird, sobald Personen eintreffen, welche den Kriegsszenarien nicht frühzeitig entfliehen konnten. Grundsätzlich ist für die Zukunft eine Aufstockung der Angebote geplant. Hinsichtlich der Frage von Frau Herold, Fraktion AfD, wie viele Selbsttötungsversuche bzw. realisierte Selbsttötungen seit Beginn der Pandemie in der Landeshauptstadt Erfurt registriert wurden, erwiderte die amt. Leitern des Gesundheitsamtes, dass solche Informationen nicht an die Stadtverwaltung Erfurt weitergeleitet werden und somit auch keine Dokumentation vorliegt. Vielmehr existiert grundlegend keine statistische Erhebung solcher Zahlen. Durch Frau Hantke, Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN, erfolgte der Hinweis, dass der Internetauftritt von einigen Nutzern insgesamt als sehr verworren eingeschätzt wird und Betroffenen es häufig schwer fällt sich auf dieser zurechtzufinden. Aufgrund des geäußerten Wunsches des sachkundigen Bürgers, Herrn Prof. Dr. Giese, dem Ausschuss Informationen über den Weiterentwicklungsstand des KISS zuzuleiten, einigten sich die Ausschussmitglieder auf folgende Festlegung:

Drucksache 0544/22	Festlegungen Im Rahmen der Beratung wurde um einen neuen Bericht mit aktuellen und konkreten Zahlen zu den angebotenen Beratungsangeboten der Stadtverwaltung Erfurt, speziell der KISS (Kontakt – und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen) gebeten. Es erfolgte ein Hinweis des Ausschusses, dass der Internetauftritt bzgl. der vorgenannten Angebote vereinfacht werden sollte und entsprechend hierüber zu informieren ist. V: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit T: 15.09.2022
-------------------------------------	---

zur Kenntnis genommen

7. Informationen

7.1. Mündliche Informationen

7.1.1. Unterstützung Erfurter Tafel e.V. Fragesteller: Fraktion CDU, Frau Vogel

05 10/22

Aufgrund der Anwesenheit des Geschäftsführers der Tafel e.V. sowie dessen Stellvertreterin, übergab die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, eingangs das Wort an die Gäste, um den Anwesenden einen Einblick in die derzeitige Situation des Vereins zu geben. Hierzu erklärte der Geschäftsführer die prekäre finanzielle Gesamtlage wegen der immens gestiegenen Energie- und Kraftstoffpreisen. Durch die weiterhin herrschende pandemische Lage und den ausgebrochenen Ukraine-Krieg, hat sich der Verein in eine wirtschaftliche Schieflage bewegt. Da man auf die Mobilität bei der Vereinsarbeit angewiesen ist, existieren auch keine Einsparmöglichkeiten, wie z. B. den Verzicht des Einsatzes von Pkws. Derzeit hat sich außerdem die Anzahl der Hilfesuchenden erhöht, da eine Vielzahl von Geflüchteten aus der Ukraine ebenfalls auf die Unterstützung der Tafel angewiesen sind. Nunmehr hat sich die Lage dermaßen verschärft, dass man sich direkt mit dem Oberbürgermeister in Verbindung gesetzt hat, um ggf. Unterstützung durch die Landeshauptstadt zu erlangen. Entgegen der Berichterstattung in den Lokalmedien kontaktierte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit, Frau Hofmann-Domke, bereits einen Tag nach dem Kontakt mit dem Büro des Oberbürgermeisters den Verein. Aufgrund der schnellen Rückmeldung, konnten bereits einige Schritte veranlasst werden, um eine Entlastung herbeizuführen. Nichtsdestotrotz droht dem Verein mittelfristig das Aus, sollte sich die Gesamtlage nicht deutlich entspannen. In Hinblick auf die mündliche Anfrage habe Frau Vogel den Nerv vieler ehrenamtlich arbeitender Vereine getroffen, ergänzte Frau Hofmann-Domke. Gerade "mobile" Vereine sind unter den jetzigen Bedingungen schwer gebeutelt und ringen um ihre Existenz. Hinzu komme noch die Verbreitung von Desinformationen, dass ukrainische Geflüchtete eine kostenlose Verpflegung durch den Verein "Die Tafel e.V" erhalten. Eine kostengünstige Herausgabe von Lebensmitteln und Gegenständen ist nur nach einer Registrierung möglich. Um den Mehraufwand zu bewältigen, wurde eine überplanmäßige Erhöhung der HH-Stelle vorgenommen, dessen Behandlung im kommenden Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben vorgesehen ist. Auf Nachfragen von Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., ob eine ungefähre Anzahl an geflüchteten Personen benannt werden kann, welche nunmehr bei der Versorgung hinzugekommen seien, erklärte der Geschäftsführer der Tafel, dass es sich bis zum jetzigen Zeitpunkt um 103 Erwachsene sowie 76 Kinder handelt, welche wegen einer Unterstützung angefragt haben. Die Fragestellerin, Frau Vogel, Fraktion CDU, ergriff das Wort und bedankte sich für die fantastische Arbeit und das enorme Engagement des Vereins, gerade in diesen schweren Zeiten. Jedoch erkundigte sie sich, aus welchem Grund es keine höheren Zuschüsse geben wird. Vor dem Hintergrund der dringend notwendigen Dachsanierung sowie der Problematik fehlender Lagerkapazitäten, müsse ihrer Ansicht nach der Zuschuss weitaus höher ausfallen. Bezugnehmend auf die etwaige Erhöhung von Zuschüssen verwies die Bürgermeisterin auf die

bereits angesprochenen Drucksachen 0348/22 und 0351/22. Bezüglich der eingeschränkten Lagermöglichkeiten erinnerte Frau Hofmann-Domke an die baupolizeiliche Sperrung der zweiten Etage des Objekts. Aufgrund des nicht vorhandenen, jedoch dringend notwendigen weiteren Fluchtweges, ist eine Nutzung dieses Obergeschosses ausgeschlossen. Die angesprochene Dachsanierung werde in Kürze erfolgen, erklärte sie weiter. Wie bereits angesprochen, sind eine Vielzahl an Vereinen durch die Pandemie und den Ukrainekrieg von finanzieller Not betroffen, so Herr Pfistner, Fraktion CDU. Es sei also ratsam einen Gesamtüberblick zu erhalten, wie sich die finanzielle Situation, in den anderen in der Landeshauptstadt agierenden Vereinen, derzeit darstelle. Wegen der nicht nutzbaren Lagerflächen im zweiten Obergeschoss des Objektes wäre es zudem eine Überlegung ggf. den Standort zu wechseln, um eine höhere Nutzfläche zu schaffen. Hierzu erwiderte der Geschäftsführer des Vereins, dass ein Umzug in andere Räumlichkeiten grundsätzlich keine Option für den Verein ist. Über die vielen Jahre der Vereinsarbeit habe man sich an diesem Standort etabliert.

Aufgrund der getroffenen Aussagen, einigte sich der Ausschuss auf folgende Festlegung:

Drucksache 0545/22	Festlegungen
	<p data-bbox="395 927 1342 1039">Bezugnehmend auf die notwendigen Dachinstandsetzungsarbeiten, bittet der Ausschuss um eine Sachstandsmitteilung zum Baufortschritt.</p> <p data-bbox="395 1093 1342 1205">Zudem wird um Prüfung gebeten, ob die aus baupolizeilichen Gründen zur Nutzung untersagten Räumlichkeiten in der 2. Etage des Gebäudes, zumindest als Lagerflächen verwendet werden könnten.</p> <p data-bbox="395 1258 1342 1370">Des Weiteren wird um Auskunft gebeten, wie sich die finanzielle Situation in den anderen, in der Landeshauptstadt Erfurt, ansässigen ehrenamtlich arbeitenden Vereinen derzeit darstellt.</p> <p data-bbox="395 1424 979 1491">V: Beigeordneter für Bau, Verkehr und Sport T: 19.05.2022</p>

zur Kenntnis genommen

7.2. Sonstige Informationen

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit informierte, dass zwischenzeitlich der Förderbescheid zu den beantragten LSZ-Mitteln vorliegt. Im kommenden Ausschuss werde man ggf. bereits den Vergabevorschlag präsentieren können. Zum Projekt ThINKA hat nunmehr das Interessenbekundungsverfahren begonnen, schloss sich der Leiter des Amtes für Soziales an. Sobald weitere Erkenntnisse vorliegen, wird der Ausschuss darüber in Kenntnis gesetzt.

Da keine weiteren Fragen bestanden, beendete die stellv. Ausschussvorsitzende, Frau Rötsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gleichstellung. Die Nichtöffentlichkeit wurde hergestellt.

gez. Rötsch
stellv. Vorsitzende

gez. 
Schriftführer/in